

Information zur Datenverarbeitung in der schulpsychologischen Beratungsstelle des Kreises Steinburg

Sehr geehrte Klientin, sehr geehrter Klient,

der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist uns sehr wichtig.

Nach der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie darüber zu informieren, zu welchem Zweck die schulpsychologische Beratungsstelle des Kreises Steinburg Daten erhebt, speichert oder weiterleitet. Der Information können Sie auch entnehmen, welche Rechte Sie bezüglich des Datenschutzes haben.

Verantwortlicher gemäß Art. 4 Nummer 7 DSGVO ist die schulpsychologische Beratungsstelle des Kreises Steinburg, Viktoriastraße 27a, 25524 Itzehoe.

Der Datenschutzbeauftragte gemäß Art. 37 DSGVO ist der Datenschutzbeauftragte Schule des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, erreichbar unter: Torsten Mai, E-Mail: DatenschutzbeauftragterSchule@bimi.landsh.de, Telefon: 0431-988 2452.

Die Aufgaben des schulpsychologischen Dienstes sind in § 132, Abs. 1 schleswig-holsteinisches Schulgesetz definiert. Im „Konzept des schulpsychologischen Dienstes“, der verbindlichen Arbeitsgrundlage, sind auch die Rahmenbedingungen sowie die Tätigkeitsfelder näher beschrieben (siehe auch https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/I/inklusion_schulische/schulpsychologen.html). Eine schulpsychologische Beratung kann von allen schulischen Akteuren in Anspruch genommen werden. Den Schulleitungen, Lehrkräften, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schulsozialarbeit werden Supervision und Coaching angeboten. In schulischen Krisenfällen unterstützen die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen die Schulleitung bzw. das schulische Krisenteam im Krisenmanagement (Nachsorge) und die in Schule Tätigen sowie die Schülerinnen und Schüler bei der Bewältigung und Stabilisierung. Die Unterstützungsangebote sind im „Notfallwegweiser für die Schule bei Krisen- und Unglücksfällen“ verankert. Weiterhin bietet der schulpsychologische Dienst eine Unterstützung von Schulen in der Schulentwicklung sowie Lehrkräftefortbildungen an.

Ihre personenbezogenen Daten werden zu folgenden Zwecken erhoben und verarbeitet: Bei Klienten, die mit einem Beratungsanliegen zu uns kommen erheben und verarbeiten wir personenbezogene Daten ausschließlich zum Zweck den Beratungsauftrag des schulpsychologischen Dienstes zu erfüllen.

- **Datenverarbeitung bei Anmeldung:**

Die Anmeldung erfolgt in der Regel über das Sekretariat der Dienststelle. Bei der Anmeldung werden personenbezogene Daten erfasst. Hierzu gehören unter anderem Daten wie Name, Adresse, Geburtsdatum, Name der Schule, Angaben zu ihrem Fall und Daten Dritter, die sie als Klient uns zur Verfügung stellen. Die Datenverarbeitung zum Zwecke der Kontaktaufnahme mit uns erfolgt nach Art. 6 DSGVO auf Grundlage Ihrer freiwillig erteilten Einwilligung. Das Sekretariat führt eine Übersicht

über die eingegangenen Anmeldungen. Sofern kein Beratungsverhältnis zustande kommt werden die Daten innerhalb von 3 Monaten gelöscht.

- **Datenverarbeitung als Klient in Beratung, Coaching, Supervision und Krisennachsorge:**

Sofern es zu einem entsprechenden Kontrakt kommt, speichern wir zusätzlich zu den unter „Bei Anmeldung“ genannten personenbezogenen Daten alle für ihren Fall relevanten Daten (z.B. Ergebnisse möglicher Schulpsychologischer Diagnostik), um sie bestmöglich beraten zu können. Die Datenverarbeitung erfolgt nach Art. 6 DSGVO. Dies erfolgt in Analoger (z.B. Handschriftlich) oder Digitaler Form (siehe unten unter eingesetzte Verfahren). Nach Beendigung des Beratungsverhältnisses löschen wir ihre personenbezogenen Daten in der Regel direkt, spätestens jedoch nach 2 Jahren.

- **Datenverarbeitung bei Antrag auf Stellungnahme zu Vorzeitige Einschulung, Beurlaubung von der Einschulung, Diagnostik im Rahmen des LRS-Überprüfungsverfahrens und Rechenschwäche:**

Sofern es zu einem Antrag kommt, speichern wir alle für den Fall relevanten Daten (z.B. Ergebnisse möglicher Schulpsychologischer Diagnostik), um den Auftrag bestmöglich erfüllen zu können. Die Datenverarbeitung erfolgt nach Art. 6 DSGVO. Dies erfolgt in Analoger (z.B. Handschriftlich) oder Digitaler Form (siehe unten: eingesetzte Verfahren). Nach Beendigung der Beratung löschen wir ihre Daten in der Regel direkt, spätestens jedoch nach 2 Jahren.

- Grundsätzlich unterliegen Schulpsychologen der Schweigepflicht nach § 203 Strafgesetzbuch.

Folgende Kategorien von personenbezogenen Daten werden in der schulpsychologischen Beratungsstelle verarbeitet:

- Kontaktdaten der Klienten, Statusgruppe, Daten zur jeweiligen Schule, ggf. Informationen zur Schullaufbahn des Schülers,
- Bei Elternanmeldungen: Familienstand, Sorgerecht, ggf. Informationen zu Geschwistern und zum ausgeübten Beruf der Eltern
- Persönliche Notizen zum Beratungsverlauf
- Informationen zum Leistungsstand, z. B. über Zeugnisse

Besondere Kategorien personenbezogener Daten (Art. 9):

- Gesundheitsdaten im Rahmen einer Elternberatung: Eine schulpsychologische Diagnostik wird mit Einverständnis der Erziehungsberechtigten durchgeführt und mit diesen sowie ggf. mit dem Probanden (hier: Schüler) im Rahmen des Beratungsprozesses besprochen. Eltern erhalten bei Bedarf eine Zusammenstellung der Ergebnisse, die Originalunterlagen verbleiben in der fallbezogenen Akte.

- Gesundheitsdaten im Rahmen einer Elternberatung: fachärztliche oder psychologische Gutachten sowie Auskünfte zum sonderpädagogischen Förderbedarf werden von den Erziehungsberechtigten freiwillig eingereicht.
- Gesundheitsdaten im Rahmen einer Beratung von in Schule Tätigen: fachärztliche oder psychologische Gutachten sowie Auskünfte zum sonderpädagogischen Förderbedarf werden bei Einsicht in die Schülerakte zur Kenntnis genommen, sofern die notwendige gesetzliche Grundlage vorliegt.
- Gesundheitsdaten im Rahmen einer Beratung von in Schule Tätigen: ärztliche und psychologische Gutachten, die vom Klienten im Rahmen der Beratung freiwillig eingereicht werden.

In Einzelfällen ist die Verarbeitung von Gesundheitsdaten notwendig, um Sie sachgerecht beraten zu können. Die Verarbeitung bedarf jedoch Ihrer ausdrücklichen Einwilligung. Im Rahmen von Eltern-Schüler-Beratungen werden Gesundheitsdaten nur mit schriftlichem Einverständnis der Erziehungsberechtigten erhoben. Sie können fachärztliche, psychologische und sonderpädagogische Gutachten in Kopie zur Verfügung stellen.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten ist die von Ihnen erteilte Einwilligung zur Datenverarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a, Art. 7 und Art. 4 Nummer 11 DSGVO. Weitere Rechtsgrundlagen sind:

- Schleswig-Holsteinisches Schulgesetz, § 132 und § 133
- Schuldatenschutzverordnung (SchulDSVO), Teil 3, §§ 17 bis 19

Die erhobenen Daten werden nur dann an Dritte weitergeben, wenn Sie (bei minderjährigen Schülerinnen und Schülern die Erziehungsberechtigten) eine Entbindung von der Schweigepflicht schriftlich erteilt haben. In der Schweigepflichtentbindung ist schriftlich festgehalten, an welche Personen Informationen weitergeleitet werden dürfen.

Ihre Daten werden gelöscht, wenn sie zur Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind, spätestens jedoch zwei Jahre nach Abschluss der Beratung.

Nach der DSGVO stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, so steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Wenn Sie in die Verarbeitung durch die schulpsychologische Beratungsstelle des Kreises Steinburg durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von den oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Jede Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die Aufsichtsbehörde ist das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD), Holstenstraße 98, 24103 Kiel, E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de, Tel.: 0431/988 1200. Das ULD bietet auch verschlüsselte E-Mail-Kommunikation an (<https://www.datenschutzzentrum.de/artikel/1008-.html>).